

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek Nein! zur Politik - Ja zur Hilfe!

Mitglied im Dachverband
Initiativen
für erfolgreiche
Integration
Hamburg



Hamburg, den 04.03.2016

PRESSEMITTEILUNG

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe!, begrüßt grundsätzlich die Neuplanung der Unterkunft "Am Aschenland II" als wichtigen und richtigen Schritt zu einer fairen Chancen- und Lastenverteilung innerhalb Hamburgs. Die Bürgerinitiative sieht jedoch ihre Forderungen von maximal 1.500 Plätzen in Folgeunterkünften für den gesamten Stadtteil als noch nicht erfüllt an und wird die aktuellen Entwicklungen mit Ihren Mitgliedern diskutieren.

Die aktuelle Neuplanung der Folgeunterkunft "Am Aschenland II", sieht eine deutliche Reduzierung der Unterkunftsgröße vor. Dies ist ein wichtiger und richtiger Schritt hin zu einer fairen Chancen- und Lastenverteilung innerhalb Hamburgs. Die Bürgerinitiative sieht darin ihre seit Beginn der Planung angebrachten Argumente bestätigt. Die Integrationsfähigkeit der Bürger und die Leistungsfähigkeit der sozialen Infrastruktur des Stadtteils Neugraben-Fischbek kann und darf nicht überfordert werden.

Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass im Fall einer angekündigten Halbierung der Folgeunterkunft "Am Aschenland II" am Standort dann in zwei Folgeunterkünften und der Zentralen Erstaufnahme bis zu **2.700** Flüchtlinge untergebracht werden.

In den insgesamt drei bestehenden bzw. geplanten Folgeunterkünften in Neugraben-Fischbek wird die Gesamtzahl der Plätze immer noch **2.150** betragen. Das sind:

- Cuxhavener Str. mit 190 Plätzen,
- Am Aschenland I mit 458 Plätzen und
- Am Aschenland II mit 1.500 Plätzen.

Die Bürgerinitiative hält weiterhin an Ihrem Ziel fest, eine Anzahl von **1.500** Plätzen in Folgeunterkünften im gesamten Stadtteil Neugraben-Fischbek nicht zu überschreiten. Seitens der Bürgerinitiative wurde bereits gefordert, dass aufgrund der zu starken Ballung am Standort Aschenland auf die Bebauung der Baufelder 2 und 3 verzichtet werden muss. Dies wurde auch von der Mehrheit der Parteien der Bezirksversammlung in der Anhörung zur Folgeunterkunft "Am Aschenland II" als notwendig erachtet. Im Sinne einer weiteren Dezentralisierung sind vielmehr die Möglichkeiten beplanter Flächen, wie etwa dem Fischbeker Heidbrook (NF66) und Sandbek West (NF67), zu prüfen.

Die innerhalb von lediglich 4 Tagen abgegebenen 2.000 Unterschriften der Bürger von Neugraben-Fischbek für die Volksinitiative "Hamburg für gute Integration" zeigen, dass ein starker Rückhalt für kleine und dezentrale Folgeunterkünfte besteht. Die Bürgerinitiative wird zusätzlich in den Dialog mit Ihren Mitgliedern gehen und öffentlich die Möglichkeiten der langfristigen Unterkunftshöhen in Neugraben-Fischbek diskutieren. Ausgestattet mit diesem Mandat ist die Bürgerinitiative bereit den Dialog mit Politik und Verwaltung konstruktiv weiter fort zu führen.

Orga-Mitglied Jan Greve: Wir honorieren das Engagement von Politik und Verwaltung, die sich unseren seit Monaten vorgetragenen Argumenten nun angeschlossen haben. Die Verkleinerung der Unterkunft "Am Aschenland II" ist ein wichtiger und richtiger Schritt zu einer fairen Chancen- und Lastenverteilung innerhalb Hamburgs. Wir sind weiterhin der Meinung, dass eine Integration auf guten Rahmenbedingungen basiert und dass eine Bebauung der Baufelder 2 und 3 für die Unterkunft "Am Aschenland II" diese Bedingungen nicht bietet. Diese Meinung teilt auch die Mehrheit der Parteien der Bezirksversammlung Harburg.

Orga-Mitglied Sven Blum: Wir weisen zudem darauf hin, dass die Forderung nach maximal 1.500 Plätzen in Folgeunterkünften für Neugraben-Fischbek dem Gegenwert der Leistungsfähigkeit des Stadtteils entspricht. Die Verwaltung des Bezirkes Harburg, sowie die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI), haben die realistischen Möglichkeiten der sozialen Infrastruktur in Neugraben-Fischbek geprüft. Danach können die umliegenden Schulen Kinder von bis zu 1.700 Flüchtlingen aufnehmen, im Bereich der Kitas ist Potential für Kinder von etwas über 1.000 Flüchtlingen abrufbar. Im Bereich der Jugendhilfe und medizinischer Versorgung ist bereits heute die Versorgung der einheimischen Bevölkerung sehr kritisch. Das von der Bürgerinitiative entwickelte Verteilungsmodell sieht sogar nur eine Leistungsfähigkeit von 1.200 Flüchtlingen vor. Auf Basis dieser Parameter halten wir es für nachhaltig, langfristig eine Belegung von 1.500 Plätzen in Folgeunterkünften im gesamten Stadtteil Neugraben-Fischbek auf keinen Fall zu überschreiten.

Orga-Mitglied Björn Greve: Die Bürgerinitiative ist weiterhin gesprächsbereit. Die Zielsetzung dabei ist, eine langfristige Überforderung des Stadtteils zu verhindern. Wir haben dazu bereits Vorschläge wie z.B. Nachbelegungsstop oder Laufzeitenbeschränkungen diskutiert. Darüber hinaus haben wir ausdrücklich auf Verteilungsmöglichkeiten auf übrige, mit Planrecht ausgestattete Flächen (NF66 und NF67) verwiesen. Wesentlich dabei ist, dass Infrastruktur in dieser Diskussion eine Klammer bildet. Auch hier haben wir bereits den dringenden Handlungsbedarf in der Jugendhilfe und im Bereich der medizinischen Versorgung thematisiert.

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek hält an Ihren Forderungen fest:

1. verbindliche Obergrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek
2. faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle 104 Hamburger Stadtteile
3. Dialog zwischen Bürgern und Politik zur Gestaltung der Flüchtlingsunterbringung.

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe!

Pressekontakt: Jan Greve

Email: mitmachen@binf-online.de

Web: www.binf-online.de

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek NEIN! zur Politik - JA zur Hilfe!

Twitter: BI NeugrabenFischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe!, wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben-Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an. Die Bürgerinitiative hat einen Vorschlag für eine faire Verteilung auf alle Stadtteile vorgelegt.